

Die Verfassung.

Wochenblatt für das Volk.

Erscheint jeden Montag früh. Preis vierteljährlich bei allen Preuss. Postanstalten 4 1/2 Sgr., bei den anhaltenspreussischen Postanstalten 7 1/2 Sgr., in Berlin bei allen Zeitungs-Spediteuren incl. Botenlohn 6 Sgr., in der Expedition, Taubenstr. 27, 4 1/2 Sgr. Inzerate die Zeile 2 Sgr.

Die erste Ausgabe unseres Blattes ist von der Polizei ohne Angabe eines Grundes mit Beschlag belegt worden. Wir vermuthen, daß der Leitartikel: **Am Königswort soll man nicht dreh'n und deuteln** die Veranlassung gegeben hat. Da wir bei wiederholter Durchsicht nichts darin finden konnten, was nach unserer Ansicht speziell die Beschlagnahme veranlaßt haben könnte, so haben wir den Artikel in dieser zweiten Ausgabe fortgelassen und geben an seiner Stelle einen andern Aufsatz.

Die Zukunft des Zollvereins.

Unter den Fragen, welche noch zu lösen sind, ehe man wieder von geordneten Verhältnissen in Deutschland sprechen kann, befindet sich auch die Angelegenheit wegen des Fortbestehens des Zollvereins. Die bestehenden Verträge sind durch den Krieg gelöst, und man hat, um Zeit zur Schließung eines neuen Vertrages zu gewinnen, nach dem Friedensschluß die alten Verträge vorläufig auf sechsmonatlicher Kündigung fortbestehen lassen. Es mag nun auf den ersten Blick scheinen, daß man diesen Zustand ja ruhig beibehalten könne, weil beiderseitiges Interesse eine Kündigung verhüten würde. Dem stehen aber zwei gewichtige Bedenken gegenüber. Erstens, der Mangel an Vertrauen, daß die Regierungen sich ihrer Pflicht immer nur von den Interessen der Bevölkerung leiten lassen, der nach den Erlebnissen dieses Jahres in manchen Staaten nur zu bekräftigt erscheint. Und doch verlangt der Handel und die Industrie zur kräftigen Entwicklung dauernde, wenigstens auf eine Reihe von Jahren gesicherte Zustände für die Bemessung des Absatzgebietes. Zweitens bleibt aber auch der alte Zollverein nicht in seiner bisherigen Zusammensetzung fortbestehen, da sämtliche Staaten des Norddeutschen Bundes, also die beiden Mecklenburg,

Schleswig-Holstein, Lauenburg und die drei Hansestädte demselben zutreten müssen. Das kann aber offenbar nicht ohne Tarifänderungen, und zwar Tarifänderungen im Sinne der letzteren Bahn des Freihandelsystems geschehen. Nun würden sich aber, da in Süddeutschland jetzt augenblicklich die Schutzollpartei voraussichtlich durch alle Gegner Preußens unterstützt werden wird, Württemberg und Baiern schwerlich freiwillig dazu einschreiten, denselben zuzustimmen.

Von einem absoluten Veto der Einzelstaaten kann und darf aber nicht länger die Rede sein, wie auch die Theilnahme der an dem Norddeutschen Bunde nicht theilhaftigen Zollvereinsstaaten an den Verhandlungen und Beschlüssen über den Tarif und die Einrichtungen des Zollvereins geordnet werden mag. Allerdings fürchten wir, daß die Süddeutschen Regierungen sich sehr gegen die Aufgabe ihres absoluten Vetos sträuben und mit Kündigung drohen werden, und wir bedauern deshalb sehr, daß man ihren Widerspruch nicht von vornherein durch die Aufnahme einer entsprechenden Bestimmung in den Friedensvertrag abgeknippen hat. Vor dieser Drohung der Kündigung darf aber Preußen und der Norddeutsche Bund nicht zurückweichen. Sie müssen vielmehr die durch die Erweiterung des Zollvereins im

Norden nebst Gewinn der ganzen Deutschen Seelüste nothwendig werdenden Einrichtungen, besonders aber die Tarifermäßigungen auf alle Hälle durchziehen. Allerdings würde auch Norddeutschland von einer Sprengung des alten Bandes durch den Verlust des gewohnten Absatzgebietes gleichfalls große, aber doch nur vorübergehende Nachteile erleiden, während Süddeutschland in seiner ganzen Industrie geradezu tödlich getroffen würde. Während die Preussische, Sächsische und Thüringische Industrie wenigstens einen theilweisen Ersatz in den beiden Mecklenburg, Schleswig-Holstein und den drei Hansestädten finden würden, kann doch Niemand an Säben erstlich daran denken, einen Ersatz für den verlorenen Markt in Norddeutschland und Oesterreich zu gewinnen. Sollte aber die Verblendung der Industriellen es den Süddeutschen Regierungen möglich machen, ihren Widerstand wirklich bis zur Sprengung des Zollvereins fortzusetzen, so würden sie dadurch die Industrie in ihren Ländern sicherlich um ein Menschenalter zurückdrängen.

Politische Wochenschau.

Preußen. Die Verhandlungen mit Sachsen scheinen endlich zu einem Abschluss gelangt zu sein, doch lautet das, was darüber bekannt geworden ist, nicht eben allzu erfreulich. Bekanntlich nahm man allgemein an, daß Preußen im Interesse seiner eigenen Sicherheit von Sachsen nicht nur das Ueberlassen der diplomatischen Vertretung und die übrigen, von den Fürsten des norddeutschen Bundes geforderten Opfer fordern müsse, sondern daß es auch eine so vollständige Militärische Verfügung verlangen müsse, daß künftighin keine selbstständige sächsische Armee mehr existirt, und daß preussische Truppen Sachsen besetzen. Jetzt schreibt nun eine der Regierung sehr nahe stehende Korrespondenz in dieser Beziehung: Bei den militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages mit Sachsen handelt es sich nicht um eine permanente Besetzung einzelner Positionen des Königreichs mit Preussischen Truppen, sondern um provisorische Anordnungen dieser Art, deren Dauer von dem Zeitraume abhängt, welcher für die Reorganisation der königlich sächsischen Armee erforderlich sein wird. Es versteht sich von selbst, daß während des in letzterer Hinsicht eintretenden Uebergangs-Status Preussische Truppen theil in Königreiche anwesend bleiben müssen; es ist aber auch einleuchtend, daß diese Occupation nach Beilegung des Krieges-Zustandes den Sächsischen Gemeinden keine finanzielle Last bereiten wird. Die Preussische Regierung hat in den Verhandlungen mit dem König Johann Altes vermieden, was ein Bestreben, dem besiegten Deutschen Fürsten eine Demüthigung zuzufügen, hätte ausgelegt werden können. — So viel und bekannt, handelt es sich bei den Bedingungen überhaupt niemals darum, dem König von Sachsen die Bürgschaft dafür sein werde, daß künftighin aus dieser Mäthe kein Nachtheil erwachsen werde, aber, bei allem Respekt vor den persönlichen Tugenden des Königs Johann, eine starke preussische Besatzung in Dresden und auf dem Königstein wäre und lieber als jene Dankbarkeit.

Zwischen Preußen und Oldenburg ist gegen Ende des vorigen Monats ein Vertrag abgeschlossen worden, in

welchem Oldenburg den von ihm auf das Herzogthum Holstein erhobenen Ansprüchen entsagt, und Preußen an das Großherzogthum das Holsteinische Amt Ahrensböck abtritt, welches die beiden Oldenburgischen Enklaven in Holstein bisher von einander trennte. Oldenburg hat außerdem Preußen einen Landtrich zur Vergrößerung des Sahbezgebietes überlassen.

In Kassel haben die Truppen den Eid der Treue gegen den König von Preußen geleistet, in Rissa und Hannover dürften die Truppenkörper vollständig neu gebildet werden. Wenn die neuen Regimenter erst vollständig sind, wird die militärische Macht Preußens mit Einschluß der Kontingente der Staaten des norddeutschen Bundes einen Zuwachs von etwa 20,000 Mann erhalten. In den neuen Provinzen Preußens wird natürlich die allgemeine Wehrpflicht eingeführt werden; es fragt sich nur, ob dies auch in den übrigen Staaten des norddeutschen Bundes geschehen soll. Nach unserer Ansicht wird sich ein solcher Schritt nicht vermeiden lassen, denn in einem einheitlichen Heerwesen muß die Aushebung nothwendiger Weise nach gleichen Grundsätzen geschehen.

Aus Fulda (Provinz Kurhessen) wird mitgetheilt, daß daselbst die Jesuiten wieder sehr thätig auftraten. Früher war denselben daselbst jede Thätigkeit verboten, und es steht zu hoffen, daß die preussische Regierung die geeigneten Maßregeln ergreifen wird, um dieselben auch jetzt zu verhindern, die Leute zu beunruhigen.

Ueber das Befinden des Grafen Bismarck lauten die Nachrichten noch immer nicht günstig; derselbe wird schwerlich schon am 1. November im Stande sein, die Geschäfte seines Amtes wieder zu übernehmen. Auch der Kriegsminister, Herr v. Moos, soll von einem nicht ganz unbedenklichen Uebelsein befallen sein. Derselbe lebt augenblicklich am Genfer See.

Die konservative Partei hat unter ihren Vertretern im Herrenhause empfindliche Verluste. Graf Arnim soll gestraft sein, und das Befinden des Herrn v. Kleist-Wetho giebt zu ernstlichen Besorgnissen Veranlassung. Beide Herren gehören zu den besten Rednern ihrer Partei.

Sachsen. In Leipzig haben mehrere sehr zahlreiche Versammlungen stattgefunden, welche sich für den Freiheitskampf auf Grund der ursprünglichen preussischen Forderungen ausgesprochen haben. Am liebsten würde man dort eine Einverleibung in Preußen sehen.

Hessen-Darmstadt. Die Konvention der Regierung mit dem Erzbischof von Mainz, welche seit 12 Jahren von der liberalen Partei auf das eifrigste bekämpft wurde, ist zwar aufgelöst, aber trotzdem sieht man keine Verminderung der Rechte, welche die katholische Geistlichkeit auf Grund dieser Konvention für sich in Anspruch genommen. Es wäre allerdings auch sonderbar, wenn von dem Herrn v. Dalwitz eine liberale Maßregel ausgehen sollte.

Württemberg. Nachdem die Kammer die in preussisch-feindlichem Sinne gehaltene Adresse angenommen, und dieselbe durch eine Deputation, welche dem Könige zu diesem Zwecke nachreisen mußte, übergeben worden, ist die Kammer aufgelöst worden.

Bayern. Die abnormen Zustände dieses Landes kennzeichnen sich am besten dadurch, daß das Gericht entscheiden konnte, der König wolle zu Gunsten seines Großvaters abdanken.

Baden. In der Sitzung der Abgeordnetenkammer am 20. Oktober wurde einstimmig von der betreffenden Kommission, neben der Zustimmung zum Waffenstillstands-

und Friedensverträge, beantragt, die Kammer möge zu Protokoll erklären, die Regierung wolle den Eintritt der süddeutschen Staaten, insbesondere Badens, in die Verbindung der norddeutschen Staaten zur möglichen Wiederherstellung eines Gesamtdeutschlands mit aller Entschiedenheit erstreben.

Oesterreich. Die Mitglieder der deutschen Verfassungskommission haben in den letzten Tagen Vespörungen abgehalten, in denen man sich über folgendes Programm geeinigt hat:

1. Festhalten an dem Rechte der Reichsverfassung; deshalb Ablehnung jedes Abweichens von ihren legalen Bahnen in Delegirten-Versammlung u. Landtagsboten.
2. Festhalten an dem Wege der in der Reichsverfassung gegebenen gemeinsamen Angelegenheiten und deren gemeinsamer parlamentarischer Verhandlung und Beschlußfassung in einer regelmäßig wiederkehrenden Versammlung der Reichsvertretung.
3. Nichts der Grenze der letzteren lokale Vereinzeltigkeit zu Zugeständnissen, wo dieselben in einer bis auf unsere Tage fortwährenden Geschichte ihren Ausgangspunkt nehmen.
4. Sofortige Einberufung des Reichsraths.
5. Fortbildung der verfassungsmäßigen Institutionen in wahrhaft konstitutionellem Geiste.
6. Klare und entschlossene Führung einer durch das Vertrauen der Staatsbürger getragenen Regierung, bei solcher, thätigster Erfassung der Nothwendigkeit einer vollständigen Reform der Verwaltung im Sinne der bräutigamen Kultur und Freiheit auf dem Gebiete der geistigen wie der materiellen Interessen.

Von der bräutigamen Verbindung mit Ungarn ist es wieder still, sie scheint bis nach dem Erscheinen der Cholera hinausgeschoben zu sein, wenigstens hat der Kaiser den Zusammentritt des ungarischen Reichstages bis dahin vertagt.

In der Reorganisation der Armee wird eifrig gearbeitet, es ist eine Verordnung über das Tragen der Haare und des Bodenrockes erschienen.

Eine Resolution des Gemeinderaths in Wien spricht sich sehr energisch für die Nichtzulassung der Jesuiten in und um Wien aus und beauftragt die Rechtskommission, über die geeigneten Schritte, die Zulassung zu verhindern, zu berathen. — Die Ernennung des Herrn v. Beust zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten ist unzweifelhaft.

Donaufürstenthümer. In Bukarest sind die Dokumente, in denen die Anerkennung des Fürsten Karl zum erbliehen Fürsten von Rumänien ausgesprochen wird, eingegangen.

Frankreich. Die Verfertigung von Hinterladungsgewehren wird sehr eifrig betrieben trotzdem erpelt man sich oftmals in den eifrigsten Versichrungen der Friedensliebhaber. — Der ehemalige Minister der auswärtigen Angelegenheiten, v. Thouvenot ist gestorben; er war einer der eifrigsten und thätigsten Anhänger Napoleons.

Nach Berichten aus Paris hat man dort den Kaiser Maximilian vollständig fallen lassen; die französische Regierung unterhandelt jetzt mit dem Kabinete in Washington über den Schutz der französischen Interessen in Mexiko.

Italien. Venedig ist jetzt ganz von den italienischen Truppen besetzt. In den nächsten Tagen wird das Resultat der allgemeinen Abstimmung bekannt werden.

Mit Rom werden wohl sehr bald neue Unterhandlungen stattfinden, da der Moment, wo die französischen Truppen Rom verlassen werden, nicht mehr fern ist. ☐

Spanien. Das ganze Reich befindet sich in großer Aufregung; man erwartet mit nächstem einen neuen Militäraufstand, welchen wohlwahrlich ganz offen als sein Ziel die

Bereinigung der ganzen Halbinsel unter der Regierung des Ad. Iz. von Portugal hinstellen wird.

Türkei. Es scheint, als ob die Türkei noch einmal die Frankale, welche ihre Grenzen bedrohen, bestreiten kann, wenngleich lauten die Nachrichten aus Skandia dazwischen, daß die Untdrückung des Aufstandes wohl in Kurzem zu erwarten steht, und der Ausbruch in den andern Theilen des Reiches ist kaum zum Ausbruch gekommen.

Soll der Staat industrielle Unternehmungen betreiben?

Zu den falschen wirtschaftlichen Ansichten, welche lange Zeit in fast allen Klassen der Gesellschaft geherrscht haben, gehörte auch die Ansicht, daß der Staat nicht nur sich mit Industrie beschäftigen dürfe, sondern sich sogar mit Industrie beschäftigen müsse. Man ging von dem Grundsatze aus, daß der Staat alles billiger und besser fabriciren könne wie der Einzelne, und daß so das Volk, indem es die Fabrikate billiger kaufen könne, großen Nutzen aus den industriellen Unternehmungen des Staates ziehe.

Was dieses „besser und billiger fabriciren“ anbelangt, so hat man sich schon seit langer Zeit vom Gegentheile überzeugt. Man hat gefunden, daß die Privatindustrie in freier Konkurrenz und in freier Bewegung viel schneller alle neuen Vortheile der Fabrication wahrnimmt, und so viel besser und billiger fabriciren kann als der Staat. Dieses schnelle Wahrnehmen der Vortheile, welche neue Erfindungen bieten, ist bei der Staatsindustrie gar nicht möglich. Man setze den tüchtigsten und rührigsten Mann als Director einer Staats-Fabrik ein, wenn er eine Verbesserung einführen will, so muß er erst wegen der Geldbewilligung bei seiner vorgelegten Behörde einkommen; bei diesen macht die Eingabe den gewöhnlichen Geschäftsgang durch, und bis der Director die nachgedachte Erlaubnis erhält, hat er vielleicht schon eine neue Verbesserung im Auge gefaßt. Diese notwendige Langsamkeit in der Ausarbeitung der neuen Entdeckungen auf dem Gebiete der Industrie ist der eine Krebsknoten der Staats-Industrie, der zweite ist die schwierige Berechnung des Ertrages.

Wir wollen dies an einem konkreten Beispiel zeigen. Man hat z. B. Jahre lang die württembergischen Staats-Gewerke als industrielle Etablissements angesehen, welche sehr gut rentiren, und die Einnahmen, welche der württembergische Staat aus diesen Werken zu ziehen glaubte, waren ein wesentliches Motiv gegen die wiederholt geforderte Herabsetzung der Holzpreise im Zollverein. Als sich aber endlich einmal ein vorurtheilsfreier Mann daran machte, die Rechnungen jener Werke einer genaueren Prüfung zu unterziehen, da fand er, daß dieselben das Holz aus den Staatswaldungen Jahr aus Jahr ein zu einem Preise bezogen, der sich seit einem Menschenalter nicht geändert hatte. In dieser Zeit waren die Holzpreise natürlich sehr bedeutend in die Höhe gegangen, und wenn man für das verbrauchte Holz dieselben Preise ansetzte, welche Private in denselben Waldungen bezahlen mußten, so zeigte es sich, daß der ganze Gewinn illusorisch war.

So bleibt denn, wenn das „besser und billiger“ fabriciren“ fortfällt, nun noch die Konkurrenz übrig, welche

der Staat seinen eigenen Unterthanen macht. Diese mag in früheren Zeiten, wo bei uns in Deutschland die Industrie noch auf einer sehr niedrigen Stufe stand, nicht von wesentlichem Nachtheil gewesen sein, ja damals wie sie wohl sogar das Spiel, welches der Staat durch Anlegung industrieller Etablissements gab, belebend auf die gesammte industrielle Thätigkeit ein: hat, wo die Privat-Industrie eine so hohe Stufe erreicht hat, kann von einer solchen belebenden Wirkung nicht mehr die Rede sein, und die Konkurrenz, so wichtig dieselbe an sich auf die Industrie wirkt, ist doch nur nützlich, wenn sie eine vollständig gleiche ist, und der Staat kann für seine Etablissements stets gewisse Vortheile schaffen, welche den wahren Begriff der Konkurrenz verschwinden machen.

In diesen Gründen gegen die Staats-Industrie tritt aber noch ein sehr wichtiger Grund hinzu, welcher in engem Zusammenhang steht mit unserem konstitutionellen Leben und der damit verbundenen wesentlichen Regelung der Staats-Einnahmen und Staats-Ausgaben. Es werden nämlich durch die Staatsindustrie die Finanzen des Staates wirtschaftlichen Zufälligkeiten unterworfen, denen sie bei geregelten Verhältnissen entzogen sein sollen. Macht ein industrielles Etablissement glänzende Geschäfte, so hat der Staat Einnahmen von einer Höhe, welche sich nicht im Voraus berechnen lassen, geht ein Etablissement schlecht, so treten dieselbigen Ausfälle in den Einnahmen ein, welche auf das Budget von nachtheiligem Einfluß sein können. Allerdings werden in einem größeren Staate, welcher bei einem sehr bedeutenden Budget

nur wenig industrielle Etablissements besitzt, solche Zufälligkeiten nur eine untergeordnete Rolle spielen, welche man immerhin zweckmäßiger zu vermeiden suchen wird. Aber in der That ist ein Zwang der Staats-Industrie allgemein geworden, dessen Vortheil auch bei den größeren Staaten, welche sich viel mit demselben abgeben, meist von wesentlichem Einfluß ist. Es ist dies der Bau und Betrieb der Eisenbahnen durch den Staat. Bei dieser Industrie wird die Brutto-Einnahme stets eine sehr bedeutende sein, und wenn sie auch eine sehr bedeutende Ausgabe gegenüber sieht, so bietet sie doch schon bei Auffstellung des Budgets Gelegenheiten, dieselbe je nach den Absichten der Regierung ganz wesentlich zu modificiren. Will man z. B. eine Ausgabe in irgend einem Zweige der Verwaltung als bei den vorhandenen Mitteln möglichst herstellen, so braucht man nur bei den Eisenbahnen sehr geringe Summen für Neu-Anschaffungen anzulegen, will man die Aufhebung einer Steuer als unthunlich erscheinen lassen, so legt man recht viele Neu-Anschaffungen im Budget der Eisenbahnen an, und kann so leicht die Ausgaben so festsetzen, daß die fragliche Steuer unbedingt notwendig erscheint.

Dieses Verhältniß, welches bei den Eisenbahnen in einer leicht in die Augen fallenden Weise herantritt, ist natürlich bei allen andern industriellen Etablissements des Staates ein ähnliches, und dieses allein spricht schon, abgesehen von allen wirtschaftlichen Gründen, gegen die Nützlichkeit des Betriebes an industriellen Unternehmungen durch den Staat.

A n z e i g e n .

20,000 Gulden bares Silbergeld,

kann Jedermann gewinnen, der sich bei der großen Frankfurter Geldverloosung betheiliget, sowie weitere Haupttreffer von Gulden 100,000, 40,000, 25,000, 20,000, 15,000, 12,000, 10,000, 6,000, 3,000 etc.

Diese von der hohen kaiserlichen Regierung genehmigte und der Stadt garantierte

Neueste große Prämien-Verloosung

bietet den Theilnehmern in jeder Beziehung die größten Vortheile.

Alle Nummern ohne Ausnahme werden gezogen.

Das ganze Einkaufskapital wird binnen 5 Monaten mittelst 5 Monatsziehungen zurückbezahlt und wähen planmäßig bis dahin sämtliche 12,500 Gewinne, 11 Prämien und 18,400 Fr. noch von den Interessenten erlangt werden.

Ganze Originallose kosten fl. 6. — oder R. Nr. 3. 13.
Halbe " " " " 3. — " " 1. 22.
Biertel " " " " 1½ " " " 26.

(Die Originallose sind mit dem Staatsgeld versehen)

Schon am 12. und 13. kommenden Monats bezeichnen die Ziehungen. Zeitungen unter Befugung des Betrages oder gegen Vorkaufnahme werden sofort zu Stückzahl ausgehört und die erforderlichen Pläne gratis beigefügt. Nach kaiserlicher Erlaubnis erhält jeder Theilnehmer die amtliche Liste und Gewinnplan ohne Abzug.

Reguläre Kaufkraft in Betreff dieser großen und interessanten Verloosung wird gerne ertheilt und eine freudvolle gute Bedienung zugesichert. Man beliebe sich daher vertrauensvoll baldigst dorthin zu wenden an

**L. Steindecker-Schlesinger,
Bank- und Wechsel-Gesellschaft
in Frankfurt am Main.**

Erden erschien in dritter Auflage und ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Der Feldzug in Böhmen und Mähren.

Berichte und Schilderungen
des Korrespondenten der Times* im Hauptquartier der
ersten Armee,

Mr. Hoyer.

Autorisirte Uebersetzung.

Deutsch von D. Born.

15 Bogen. Elegant gebunden. Preis 10 Sgr.

Die Berichte des Times* Korrespondenten, welche gleich bei ihrem ersten Erscheinen so großes Aufsehen erregten, sind hier in guter Uebersetzung zusammengefaßt und geben so ein lebensvolles Bild des ganzen Feldzuges der jetzt so eifrig heimkehrenden Armee. Herr Hoyer selbst hat den Text für die deutsche Uebersetzung durchgesehen und den Bericht über die Schlacht bei Königgrätz eigens für diese Ausgabe neu geschrieben.

Um dem Buche die größte Verbreitung zu geben, ist der Preis auf nur 10 Sgr. gestellt worden und kann dasselbe durch alle Buchhandlungen und durch die Hoten der Volks-Zeitung dafür bezogen werden.

Die Verlagsbandlung von Franz Duncker in Berlin.

Einzelne Jahrgänge der Volks-Zeitung werden
getauft. Francoire Adressen mit Preisangabe sub. K. in der
Expedition d. Bl.